



Berlin-Brandenburg e.V.

Jahresmitgliederversammlung 17. März 2017

Auszüge aus der Rededisposition des Vorsitzenden des Vorstands Rolf Sukowski

Liebe Mitglieder von OWUS, werte Gäste!

Und wieder ist ein intensives Jahr vergangen, arbeitsreich und hoffentlich auch erfolgreich in unseren Mitgliedsunternehmen. Es war auch für unseren Verband ein politisch intensives Jahr mit Ergebnissen, die sich sehen lassen können. Dafür danke ich zunächst allen Mitgliedern im Namen des Vorstands. Nur mit dem Rückhalt in der Mitgliedschaft ist unsere Arbeit als Vorstand erst möglich.

Unsere Mitgliederversammlung im Vorjahr war unmittelbar vor mehreren Landtagswahlen, u.a. in Sachsen-Anhalt. Ich stellte damals fest, dass die Republik wie das Kaninchen vor der Schlange auf ein Gespenst schaut, das als AFD durch Deutschland geht. Inzwischen ist dieses Gespenst zur bitteren politischen Realität geworden, auch in Berlin und in dem mit uns besonders verbundenen Bezirk Marzahn-Hellersdorf! Und die anderen Parteien stehen dieser Entwicklung nachwievor mehr oder weniger hilflos gegenüber. Dass auch Selbständige diese Partei wählen, ist ein ernstes Zeichen und nicht unbedingt ein Zeichen gestiegener Seriosität dieser Partei. Die Hoffnung, bis September hat sich durch die von der SPD wiederentdeckte soziale Gerechtigkeit die Stimmung um 180 Grad gedreht, könnte genauso ein Irrtum sein wie ein unbändiges Hoffen auf eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene. Die allgemein festgestellte Politikverdrossenheit macht auch vor Selbständigen nicht halt. Wir merken ja selber, wie schwer es ist, Selbständige zu überzeugen, sich auch für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Die kleinen Unternehmen haben keine Lobby, also versuchen wir es im Rahmen unsere Möglichkeiten zu sein.

Die demokratischen Parteien müssen sich wieder auf ihre ursprüngliche Verantwortung besinnen, nämlich mit den Menschen in Kontakt zu bleiben, ihnen zuzuhören und damit die Chance zu geben, ihre Probleme zu benennen. Das Parteiengesetz ist da im § 1 ziemlich deutlich: *„Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.“* Es geht um die politische Willensbildung des Volkes, nicht der Willensbildung von Berufsfunktionären und Parteizirkeln. Dazu gehört auch, dass die Parteien die *„politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern.“* Es ist bekannt, wie wir uns in den letzten Jahren bemüht haben, diese Verbindung zwischen Politik und Unternehmern zu fördern. Aber das Unternehmerfrühstück in Marzahn-Hellersdorf mit Petra Pau und dem Bezirksverband DIE LINKE ist nachwievor ein einsamer Leuchtturm. Ich fordere Euch deshalb auf, in Eurem territorialen Umfeld und in persönlichen Kontakten zu anderen Selbständigen für unsere Arbeit zu werben und ihnen zu sagen, wie wir uns um ihre Interessen kümmern, wo unsere Schwerpunkte liegen und was wir schon erreicht haben. Sie sollen ja nicht gleich den Aufnahmeantrag in die Hand bekommen. Aber sie sollten wissen was wir machen und für wen. Auf Bitte des Dachverbandes bemühen sich Robert Gadegast und Jürgen Heinrich seit einiger Zeit, mit Unterstützung eines örtlichen Unternehmers auch in Mecklenburg-Vorpommern OWUS-Strukturen zu schaffen. Für den 11. April ist jetzt ein erstes Zusammentreffen in Schwerin mit interessierten Unternehmern geplant. Das könnte die Gründung von OWUS Mecklenburg-Vorpommern einläuten.

Wir verstehen uns als ein politischer Verband, deshalb können wir wie andere Unternehmerverbände kein politisches Neutrum sein. Unsere Netzwerke suchen wir deshalb ganz gezielt aus. Wo und wie können wir unsere Auffassungen von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung am wirkungsvollsten äußern. Auf unseren Vorschlag hin beteiligt sich der Dachverband erstmals mit als Träger eines bundesweiten Bündnisses. Gemeinsam mit attac, ver.di, der GEW, dem Paritätischen Gesamtverband, der Volkssolidarität und weiteren 23 Organisationen gehört OWUS zum Trägerkreis des Bündnisses *„Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“*. Unsere Mitgliedsvereine SODI e.V. und GWÖ e.V. sind regionale Unterstützer. Wir wollen in dieses Bündnis vor allem unsere Expertise hinsichtlich der sozialen Lage vieler Solo-Selbständiger und Kleinunternehmer einbringen. Als offener Verband vertreten wir keine Partikularinteressen bestimmter Branchen und betreiben die Lobbyarbeit nicht aus Eigennutz. Wir ziehen uns auch nicht in Nischen zurück. Als Verband schauen wir über den „Tellerrand“ und beziehen dort, wo es hingehört, auch zu den politischen Fragen unserer Zeit einen klaren Standpunkt.

Als ein solidarischer Verband mit sozialer Verantwortung müssen wir eine Meinung haben und sie auch gegenüber den politischen Entscheidungsträgern artikulieren. Wir haben gegenüber dem Berliner Landesverband der LINKEN vor und nach den Wahlen unsere Positionen zur Situation der Solo-Selbständigen und Kleinunternehmer in der Stadt deutlich gemacht. Und das Bekenntnis im Koalitionsvertrag „zu den Unternehmen und Initiativen in Berlin, die gemeinwohlorientiert wirtschaften und mit unternehmerischen Mitteln soziale und ökologische Ziele verfolgen“ ist auch mit das Ergebnis unserer Arbeit. Jetzt müssen wir gemeinsam mit dem GWÖ-Verein ausloten, was das nun genau bedeuten kann. Auch dazu sind wieder Eure Ideen und Vorschläge gefragt.

Im November hatten Robert Gadegast und ich ein längeres Gespräch bei der Parteivorsitzenden Katja Kipping, der Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn war im Januar Gast des Unternehmertreffs in Berlin. Zusammengefasst haben wir unsere Hinweise zum ersten Entwurf des Bundestagswahlprogramms dem Bundeswahlleiter und einigen mit uns gut vernetzten Mitgliedern des Parteivorstandes übergeben. Und vorigen Freitag verwies Katja Kipping auf einer Veranstaltung coram publico darauf, dass die Aussagen zu sozialen Fragen der kleinen Selbständigen auch dank der Hinweise von OWUS klarer gefasst werden. Auch meine Kolumne im „neuen deutschland“ mit der zugegeben provokatorischen Überschrift „Kleinunternehmer im Stich gelassen“ fand in diesem Zusammenhang bei ihr Beachtung. Steter Tropfen höhlt den Stein, das gilt auch im politischen Lobbygeschäft.

Liebe Freunde und Gäste, der Bericht des Vorstands über die Arbeit seit unserer Mitgliederversammlung im März vorigen Jahres liegt Euch wieder schriftlich vor. Ich möchte im Referat des Vorstands nur auf einige Punkte aus diesem Bericht näher eingehen.

- Auch in den vergangenen 12 Monaten haben wir uns inhaltlich weiterhin mit dem Schwerpunktthema soziale Absicherung beschäftigt. Zahlreiche Veröffentlichungen, Interviews und Stellungnahmen wurden dazu verfasst. Zur vorigen Mitgliederversammlung musste ich feststellen „Zieht man nach über 5 Jahren Bemühungen ein Fazit, so muss man ernüchert sagen, wir sind mit dem Thema noch nicht endgültig durchgedrungen.“ Heute kann ich diese pessimistische Wertung so nicht mehr treffen. Verbandsintern hat auf unseren Vorschlag hin der Dachverband im April vorigen Jahres die Forderungen zusammengefasst und in einem Beschluss eine „Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer“ gefordert. Damit haben wir die im Bundestag vertretenen Parteien sowie Kammern und andere Verbände konfrontiert. Über die Reaktionen darauf haben wir im Newsletter informiert und mit Stand Juni auch in einem schriftlichen Dossier zusammengefasst. Einen Band 2 haben wir bisher nicht aufgelegt, über alle neuen Entwicklungen informieren wir Euch im Newsletter unter dem Stichwort „Sozialcharta“ bzw. tagaktuell auf Facebook/OWUS.Dachverband. Ein Dossier II ist zu einem geeigneten Zeitpunkt der Zusammenfassung tatsächlich erreichter spürbarer Erfolge vorbehalten.

Seit einigen Monaten stellen wir eine deutliche Dynamik bei der Behandlung von verschiedenen Aspekten der sozialen Absicherung fest. Die Linksfraktion im Bundestag reicht einen Antrag zu sozialen Fragen von kleinen Selbständigen nach dem anderen ein. Bündnis90/Die Grünen ziehen nach. Die Bundesregierung wurde von der Linksfraktion in einer Großen Anfrage aufgefordert, zur sozialen Situation und Absicherung von Solo-Selbständigen Stellung zu nehmen. Die 150 Fragen wurden Ende vorigen Jahres beantwortet und haben unsere Auffassungen bestätigt. Für viele Solo-Selbständigen und Kleinunternehmer ist die Lage teilweise dramatisch. Die Antwort der Bundesregierung ist jetzt Grundlage für weitere konkrete Anträge, zunächst vor allem zur Verbesserung der Situation bei der Einbeziehung in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Erstmals haben die drei Landesregierungen mit Beteiligung der LINKEN auf Initiative von Thüringen einen Vorstoß im Bundesrat unternommen, das Problem bezahlbarer Krankenversicherungsbeiträge einer Lösung zuzuführen. Dieser Antrag wurde vorigen Freitag mehrheitlich vom Bundesrat angenommen und die Bundesregierung wurde aufgefordert, konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Interessant sind die Debatten im Plenum des Bundestages – LINKE und Grüne sind für die Anträge, die CDU/CSU strikt dagegen (Versuch, die Bürgerversicherung durch die Hintertür einzuführen; Weg in die Planwirtschaft), die SPD laviert – eigentlich sind sie für die Anträge, denn sie sind weitestgehend deckungsgleich mit einem uns bekannten Positionspapier der Bundestagsfraktion, aber aus Koalitionsgründen werden sie abgelehnt. Damit blockiert sie sich selber und die Verbesserung der Situation vieler betroffener Selbständiger und Unternehmer bleibt auf der Strecke und wird der Koalitionsdisziplin geopfert. Trotzdem gibt es

marginale Verbesserungen. Anfang März hat der Bundestag eine Gesetzesänderung beschlossen, die auch eine Erstattung von Krankenversicherungsbeiträgen vorsieht, wenn in einem Steuerbescheid ein Rückgang des Einkommens festgestellt wird. Und der Regierungsentwurf für die Überarbeitung des Mutterschutzgesetzes soll Presseinformationen zu Folge auch die Einbeziehung von selbständig tätigen Müttern beinhalten.

Fazit – es ist Bewegung in die Behandlung der sozialen Absicherung von Solo-Selbständigen und Kleinunternehmern gekommen. Es wäre mehr als vermessen, dies dem Wirken von OWUS zuzuschreiben. Aber bezogen auf die Linkspartei können wir sicherlich für uns in Anspruch nehmen, zur Sensibilisierung in dieser Frage beigetragen zu haben. Allerdings haben wir dabei in den letzten Jahren auf die „falschen Pferde“ gesetzt. Möglicherweise gab es auch in der Fraktion selbst Unklarheiten darüber, wer für diese komplexen Fragen bei der Federführung „den Hut aufhat“. Mit dem Wechsel an der Fraktionsspitze hat sich das jedoch unserer Wahrnehmung nach deutlich verändert und zum positiven entwickelt. Nicht die für Wirtschaft und Mittelstand zuständigen Abgeordneten sind die treibende Kräfte, sondern die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Sprecher. Deshalb stehen wir auch seit vorigem Jahr in einer wesentlich engeren Kommunikation mit dem von Sabine Zimmermann geleiteten Arbeitskreis der Bundestagsfraktion als das vorher der Fall war.

- Im September 2015 brachte der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch im „neuen deutschland“ den Vorschlag für ein gesetzliches Mindesthonorar für die rund zwei Millionen Solo-Selbständigen in die Debatte ein. Wir haben uns in die Debatte eingebracht, u.a. bei einem von der Thüringer Landtagsfraktion und OWUS Thüringen im April vorigen Jahres in Erfurt durchgeführten Fachgespräch mit Dietmar Bartsch und anderen Verbandsvertretern. In meinem Impulsreferat hatte ich damals u.a. erklärt: *„Meines Erachtens müssen wir dieses Thema in den Gesamtkontext der sozialen Lage vieler kleiner Unternehmer, nicht nur von Solo-Selbständigen einordnen. ... Wir haben es bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von kleinen Unternehmern und ihren Familien mit mindestens zwei Aspekten zu tun. Das eine ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für ihre unternehmerische Tätigkeit, dazu gehört auch die Stärkung der Einnahmesituation. Und das andere ist die Einbeziehung in die bestehenden sozialen Sicherungssysteme“*. Diese Auffassung hat sich vorigen Freitag bestätigt. Die Linksfraktion hatte verschiedene Verbände, vor allem aus dem Bereich der Kreativwirtschaft sowie der plattformorientierten Digitalwirtschaft zu einem Fachgespräch mit dem Thema „Digitale Tagelöhner? Mindesthonorare für (Solo-)Selbständige“ eingeladen. Zunächst vermerkten mehrere Teilnehmer in ihren Beiträgen, dass DIE LINKE die einzige Partei sei, die das Thema der Solo-Selbständigen aktiv auf die Tagesordnung gesetzt habe. Übrigens auch die BR-Initiative aus Thüringen hatte Anfang des Jahres bereits mediale Aufmerksamkeit ausgelöst – seit wann interessiert sich DIE LINKE für Unternehmer? Aus diesem Fachgespräch sind mehrere Erkenntnisse zu ziehen:

- Wie von uns bereits mehrfach betont, kann es nicht DAS gesetzliche Mindesthonorar geben. Die betroffenen Solo-Selbständigen sind sehr differenziert zu betrachten. Die am Freitag anwesenden Vertretern der Film- und Fernsehbranche betonten, es muss unterschieden werden zwischen den Vertragsgestaltungen von Drehbuchautoren, Regisseuren und Kameraleuten. Dazu kommen dann die Szenografen, also Bühnenbildner. Für einen Schauspieler gelten wiederum andere Bedingungen als für einen Bildhauer oder einen freien Journalisten usw.. Allein in Berlin reden wir über 40.000 Selbständige im Bereich der so genannten Freien Szene. Eine allgemeingültige gesetzliche Honorarregelung á la Mindestlohn für Arbeitnehmer kann es also nicht geben.
- Ein Teilnehmer brachte es auf den Punkt - auf Grund der Kleinteiligkeit der betroffenen Bereiche kann die Forderung nach einem Mindesthonorar zwar als „Eyecatcher“ dienen, nicht jedoch als Label für die konkrete Umsetzung. Der Schwerpunkt liegt bei der sozialen Sicherung. Wo es keine ausreichende Nachfrage gibt, wird in die Armut gedrückt.
- Auch über die Höhe und den Begriff Mindesthonorar wurde diskutiert. Von einigen Teilnehmern wurde in Anlehnung an bestehende Tarifverträge ein Tagessatz von ca. 800 € genannt, das wären also 90 € pro Stunde. Setzt man dies in Relation zum Mindestlohn von derzeit 8,84 €, hätte man eine nicht zu beherrschende gesellschaftliche Diskussion. Es fiel der

Begriff „unanständig hoch“. Aber nur mit einem solchen Satz können auch notwendige Recherche-, Projektvorbereitungsarbeiten, zu berücksichtigende Verwertungsrechte, die Aufwendungen für das vorzuhaltende Equipment sowie die Sozialabgaben finanziert werden. Als Lehrbeauftragter bekomme ich teilweise 35 € für 45 Minuten, für eine Betreuung mit Gutachten und Prüfung 100 €. Rechne ich das aber um in den tatsächlichen Arbeitsaufwand, bin ich auch manchmal nicht mehr weit entfernt von 8,84 €. Deshalb sei es besser, so einige Vorschläge, von Standardhonoraren oder Honorarordnungen zu sprechen. Die angemessene Höhe von Standardhonoraren kann aus Tarifverträgen für gleichartige hochqualifizierte Tätigkeiten abgeleitet werden, z.B. im akademischen Bereich, im Bildungswesen, aber auch bei den Medien, einem Bereich, zu dem wir bisher keinen Zugang haben. Der Eindruck, man könne 8,84 € zzgl. Sozialabgaben (also Arbeitgeberbrutto) mehr oder weniger 1 : 1 auf Solo-Selbständige übertragen, ist ein fataler Irrweg. Dem müssen wir widersprechen und möglichst eigene konkrete Vorschläge für die bei OWUS vertretenen Berufsgruppen entwickeln.

- Es wurde aber auch auf andere Rahmenbedingungen verwiesen, unter denen Solo-Selbständige arbeiten. Mitbestimmungsgesetze gelten nicht, d.h. Betriebs- und Personalräte sind nicht für den Einsatz dieser so genannten freien Mitarbeiter zuständig und haben keinen Einfluss auf die Bedingungen. Es gibt keinen Kündigungsschutz. Lehnt sich ein freier Mitarbeiter auf, bekommt er eventuell vor Gericht Recht, allerdings anschließend keine Folgeaufträge mehr. Notwendig sei ein Lohngleichheitsgesetz, wie es jetzt für die Bezahlung von männlichen und weiblichen Mitarbeitern diskutiert wird. In dem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass es unter den Solo-Selbständigen überdurchschnittlich viele Frauen gibt. Auch die Einbeziehung in die Unfallversicherung der Auftraggeber ist offen.
- Angesprochen wurde das ungelöste Problem der doppelten Beitragsbelastung durch den nicht vorhandenen Arbeitgeberanteil. Dabei wurde das Modell der Künstlersozialkasse erneut in den Vordergrund gerückt. Möglichkeiten der Ausweitung dieses Modells wurden bei einer Abgabe der Auftraggeber für plattformbasierte Dienstleistungen gesehen. Ich möchte ergänzen, auch im Bildungsbereich könnte ich mir so etwas durchaus vorstellen.

Die Bundestagsfraktion wird die Tagung auswerten und sicherlich neue parlamentarische Initiativen starten. Katja Kipping kündigte in ihrem Schlusswort eine sorgfältige Prüfung der vorgebrachten Argumente an und auch Schlussfolgerungen für das Bundestagswahlprogramm. Für unsere Arbeit gilt daher nachwievor - ein wie auch immer geartetes System von Standardhonoraren kann nur ein Baustein bei der Verbesserung der sozialen Lage der Solo-Selbständigen und anderen Kleinunternehmer sein.

- Ein weiteres inhaltliches Thema stand auch im vorigen Jahr im Mittelpunkt unserer Arbeit - die Verbreitung des Konzepts der Gemeinwohl-Ökonomie in unserem Wirkungsumfeld. Beide Themenfelder sind eng miteinander verbunden. Die Situation der Solo-Selbständigen und Kleinunternehmer ist auch Ausdruck einer neoliberalen Wirtschaftsordnung. Und gerade diese will die Gemeinwohl-Ökonomie überwinden. Und zum anderen gibt es unter den GWÖ-Aktivisten auch viele Selbständige, die unter prekären wirtschaftlichen Bedingungen arbeiten.

Mit der wechselseitigen Mitgliedschaft OWUS – GWÖ e.V. haben wir uns noch stärker mit den gemeinwohlorientierten Unternehmen in Berlin und Brandenburg vernetzt. Bei einem vom GWÖ-Verein, UnternehmensGrün und der taz organisierten Unternehmergehörigkeitsgespräch konnten wir uns im Februar vor dieser Community präsentieren. Es gibt viele Unternehmer, die sozial und wirtschaftlich vernünftig denken und handeln – das ist unser Credo und das wollen und müssen wir noch mehr in die Gesellschaft tragen. Im Oktober war ich Gast der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dresden und stellte dort die GWÖ vor. Im Mai werde ich in Hann. Münden auf einer Konferenz von GWÖ-Unternehmen auftreten und gemeinsam mit Christian Felber Teilnehmer eines Podiumsgesprächs sein. Auf unsere Einflußnahme bezüglich der Berliner Koalitionsvereinbarung hatte ich bereits verwiesen. Auch unsere Stellungnahme zum Bundestagswahlprogramm greift diesen Aspekt der Förderung alternativer Wirtschaftsmodelle auf. Im Juni werden wir auf einem Fachgespräch der Thüringer Landtagsfraktion sowie des dortigen OWUS-Landesverbandes auftreten, um auch im Freistaat den Gedanken einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft zu propagieren. Bisher ist der Thüringer Wald noch eine von der GWÖ relativ unerschlossene

Landschaft. Unser Mitgliedsunternehmen LernSINN e.V. führt am 27. März eine Konferenz mit Christian Felber in Berlin durch, die Einladung dazu liegt Euch vor.

Mit der Mitgliedschaft der degewo AG ist auch das Thema der Wohnungsgemeinnützigkeit auf unsere Agenda gekommen. Im Streit darum, wer kann besser auf die angespannte Wohnungssituation reagieren – kommunale oder private Wohnungsunternehmen – hat die degewo AG bereits vor einigen Jahren die Initiative ergriffen und weist eine so genannte Stadtrendite aus. Also welchen zusätzlichen Nutzen hat die Stadtgesellschaft durch eigene Wohnungsgesellschaften. Ein interessantes Thema, das auch mal auf einem Unternehmerstammtisch erörtert werden könnte.

Im Januar wurde der GWÖ Verein Deutschland gegründet und unser Mitglied Rico Philipp wurde zum Kassenprüfer gewählt. Ganz praktisch unterstützen ERA-TAX sowie A&P Steuerberatung den hiesigen GWÖ-Verein. Die Bilanzierung weiterer Mitgliedsunternehmen war in den letzten Monaten in den Hintergrund getreten. Aktuell wird dieses Thema wieder im nächsten Jahr, wenn die zweijährigen Zertifizierungen der Gemeinwohl-Bilanzen sowohl unseres Landesverbandes als auch mehrerer Mitgliedsunternehmen auslaufen.

- Zur personellen Entwicklung unseres Verbandes. Erstmals seit einigen Jahren haben wir einen absoluten Zuwachs erreicht. Gegenwärtig hat unser Landesverband 79 Mitglieder. Mit dem GWÖ-Verein Berlin-Brandenburg und dem Solidaritätsdienst International (SODI) e.V. wurde eine wechselseitige Mitgliedschaft vereinbart. Damit sind wir noch stärker mit der Gemeinwohl-Community der Stadt vernetzt und wir haben eine wichtige linksorientierte NRO der Entwicklungszusammenarbeit in unseren Reihen. SODI ist auch im Inland in zahlreichen politischen Kampagnen engagiert. Einzelheiten könnt Ihr im neuesten Report nachlesen. Jetzt geht es darum, auch gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Im Bericht sind die neue Mitglieder bzw. Fördermitglieder genannt. Einige waren bisher als Vertreter ihrer Unternehmen bei uns aktiv, mit Aufgabe ihrer aktiven unternehmerischen Tätigkeit stärken sie als Fördermitglieder unseren Verband.

Mit der degewo AG wurde das größte städtische Wohnungsunternehmen in Berlin Mitglied in unserem Landesverband. Das war kein Zufall, als Beweggrund wurde die Absicht der Unternehmensführung genannt, mit verschiedenen politisch relevanten Kräften in der Stadt näher in Kontakt zu kommen. Und aus dem linken Spektrum bot sich dafür OWUS an. Es zeigt, dass wir in der Stadt stärker wahrgenommen werden und durch unsere Arbeit an Ausstrahlung gewonnen haben. Wie wir diese Zusammenarbeit konkret gestalten, müssen wir in den nächsten Monaten mit dem Vorstand der degewo besprechen. Das gilt auch für die „junge welt“, die wir bereits voriges Jahr als Neumitglied begrüßen konnten. Der stellvertretende Geschäftsführer Peter Borak ist heute erstmals auf unserer Mitgliederversammlung anwesend. Die Bereitschaft von OWUS besteht nachwievor, Mitglied der Genossenschaft „8. Mai“ zu werden, und so mit einem bescheidenen Anteil quasi Miteigentümer der „jungen welt“.

Eine weitere wichtige Personalie betrifft unser Reiseunternehmen tuk international – seit Jahren Organisator unserer jährlichen Unternehmerfahrten und für viele Mitglieder auch erster Ansprechpartner bei Privatreisen. Auch nach dem Eigentümerwechsel bleibt tuk Mitglied von OWUS und wird weiterhin unsere Reisen organisieren, in diesem Jahr nach Wrocław.

Dieser Zuwachs an Mitgliedern erhöht auch die Verantwortung des Vorstandes zur aktiven Nutzung unseres Potentials und die Einbeziehung der neuen Mitglieder in unsere Arbeit.

- In den letzten beiden Mitgliederversammlung hatten wir uns auch zur Öffentlichkeitsarbeit verständigt. Unser monatlicher elektronischer OWUS-Newsletter erscheint regelmäßig. Mit über 200 Adressaten erreichen wir damit deutlich mehr Leser als wir Mitglieder haben. Auch der Facebook Account von OWUS hat mitunter mehr Leser. Spitzenwert mit 700 erreichten Nutzern war im Februar unser Post zu den IHK-Wahlen in Hamburg. Allerdings hat sich auch im vorigem Jahr an der Situation hinsichtlich der Autorenschaft nicht viel geändert - das Autorenkollektiv ist weiterhin sehr überschaubar und der Newsletter wird unzureichend für Unternehmensinformationen z.B. in Form von Links zur eigenen Homepage genutzt. Auch hinsichtlich der Nutzung unseres Internetauftritts als Präsentationsplattform für unsere

Mitgliedsunternehmen hat sich wenig geändert. Außer dem „neuen deutschland“ und der „jungen welt“ sowie als Online-Verantwortlicher Lunabär Thomas Gall nutzt niemand diese Möglichkeit zur Eigenwerbung. Wobei unser Internetauftritt generell noch große Reserven bietet. In verschiedenen Diskussionen auch außerhalb unser Verbandes wird des öfteren der Wunsch geäußert, dass gemeinwohlorientierte Unternehmen auf einer wie auch immer gearteten Plattform ihre Leistungen präsentieren. In Anlehnung an ein bestimmtes Produkt hatten wir mal den Arbeitstitel „Rote Seiten“ geprägt, das ist sicherlich nicht mehr zeitgemäß. Ich rufe unsere Mitgliedsunternehmen, die sich im Bereich IT, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit u.ä. bewegen, auf, dem Vorstand einen Vorschlag zu unterbreiten, wie wir endlich die Lösung dieses lange diskutierten Problems angehen können. Ggfs. muss der Vorstand dafür auch Geld in die Hand nehmen bzw. interessierte Unternehmen leisten eine zweckgebundene Umlage.

Liebe Freunde, soviel zur Ergänzung unseres schriftlichen Arbeitsberichtes mit Ausblick auf die nächsten Monate. Auf einen für 2018 geplanten Höhepunkt möchte ich noch kurz eingehen. 2009 und 2014 haben wir zwei erfolgreiche KMU-Konferenzen mit bis zu 100 Teilnehmern und internationalen Gästen durchgeführt. Der Vorstand hat Anfang dieses Jahres beschlossen, heute in einem Jahr gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem „neuen deutschland“ als Medienpartner eine dritte KMU-Konferenz durchzuführen. Derzeit laufen die Abstimmungen mit der Stiftung. Das Arbeitsthema für diese Konferenz lautet „KleinunternehmerInnen und Linke - Plädoyer für eine gemeinsame Suche nach Alternativen“ bzw. „KleinunternehmerInnen in linker Wirtschaftspolitik“. Es geht dabei um die Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungen der Solo-Selbständigen und Kleinunternehmer sowie notwendige Konsequenzen für Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wie kann linke Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik diese Entwicklung sozial und menschenwürdig gestalten und vor allem, wie können die nach wie vor vorhandenen ideologischen Vorbehalte unter Linken gegenüber dem Unternehmertum abgebaut werden. Ursache dafür ist häufig eine undifferenzierte Betrachtung und ungenügende Sachkenntnis der tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Situation vieler kleiner Unternehmer, Selbständiger und Solo-Selbständiger. Weitere Schwerpunkte sollen Kleinunternehmer und alternative Wirtschaftsmodelle sowie Kleinunternehmer in kommunalen Gemeinwesen sein. Wenn mit der Stiftung die Rahmenbedingungen für eine Kooperation geklärt sind, werden wir mit Euch gemeinsam die nächsten Schritte beraten und im Newsletter informieren.

Liebe Freunde, soviel zu einigen Themen unserer Verbandsarbeit, die mit der konkreten wirtschaftlichen Situation der Kleinunternehmen zusammenhängen. Diese Mischung von tagaktuellen Themen zur Verbesserung der Situation in den Unternehmen und eher aus visionären Themen (Gemeinwohl-Ökonomie und andere alternative Wirtschaftsformen) soll auch weiterhin die Tätigkeit von OWUS und damit die Vorstandsarbeit bestimmen. Dazu brauchen wir die Unterstützung aller unserer Mitglieder und Förderer sowie auch unserer Sympathisanten. Damit wollen wir unseren Verband auch attraktiv für neue und auch vor allem junge Mitglieder machen. Ein Generationswechsel muss eingeleitet werden.